



BERLINER

EINBLICKE #91

FÜR KÖLN, FÜR SIE.

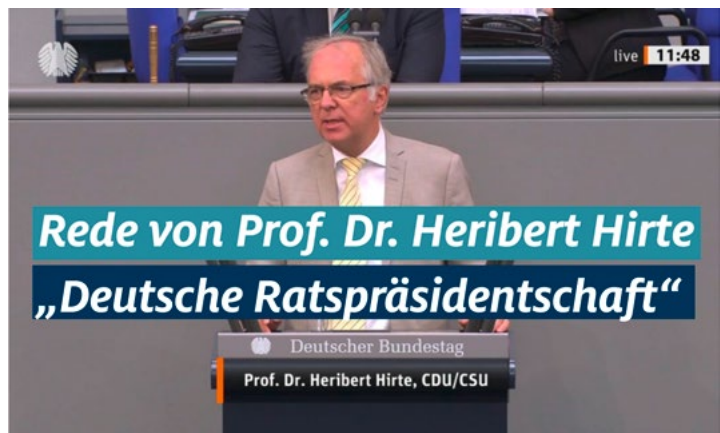
Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Anfang Juli 2020

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Bundestagsdebatten sind in gewisser Weise die Theaterbühnen der Politik. Und das Schauspiel, was Sie dort sehen, ist wichtig, bildet es schlussendlich unterschiedliche Interessen einer Gesellschaft ab. Repräsentation wird mediengerecht aufgearbeitet. Und es in der Tat für die Demokratie lebensnotwendig, dass sich Parteien rechtfertigen und dem jeweiligen Diskurs Öffentlichkeit verschaffen. In der Debatte geben die Abgeordneten im besten Fall pointiert oder auch polemisch wieder, was wir im vorab in den Ausschüssen sachorientiert, detailliert und zumeist auch konstruktiv diskutiert haben. Der Vergleich mit einer Bühne ist natürlich bildliche Sprache, eine Metapher, um die Wirkung und Funktion der Debatte zu beschreiben. Aber eine solche Rede hat auch einen anderen Vorteil, wie ich Ihnen vertraulich verraten möchte: Man kann sich einfach mal Luft verschaffen. In der vergangenen Sitzungswoche durfte ich zu dem Thema „Die deutsche Ratspräsidentschaft“ sprechen. Ein überaus wichtiges Thema, wie ich Ihnen in meinem letzten Newsletter berichtete. Seit dem 1. Juli hat Deutschland diese Präsidentschaft inne, und es gibt viele Themen wie den mehrjährigen Finanzrahmen, den Wiederaufbaufonds, die gemeinsame Gesundheitsvorsorge oder die Digitalisierung, die wir weiter voranbringen wollen.

In der vergangenen Woche sprach ich zu einem Antrag der AfD zu eben jener Deutschen Ratspräsidentschaft. Und was Sie in diesen Antrag lesen müssen, ist ein Drama oder einfach für den parlamentarischen Anspruch unzureichend. In meiner Rede habe ich dies so zusammengefasst: „Die zentralen Elemente, die in Ihrem Antrag vorkommen, sind erstens: Ja, wir müssen unser Geld dagegen verteidigen, dass es an die faulen Südeuropäer überwiesen wird. Zweitens geht es darum: Nein, wir wollen niemanden, der zu uns einwandert oder der Asyl sucht, bei uns willkommen heißen, weil uns auch das unser Geld kostet. Die dritte Botschaft,



Klare Worte fand Heribert Hirte in seiner Rede zu einem Antrag der AfD - die Deutsche Ratspräsidentschaft müsse Zukunftsthemen anpacken und sich nicht an Stereotypen und Vorurteilen gegen die Europäische Union festhalten.

die Sie überbringen, ist: Unsere Rechte werden verkürzt; die Demokratie funktioniert nicht in Europa.“

Ich setze mich immer gerne mit Argumenten auseinander, auch wenn ich selbst diese nicht teile. Aber die lieblose Aneinanderreihung von Vorurteilen, das Schüren von Ängsten und eine gewisse Ignoranz gegenüber der Komplexität unserer Welt – eine solche Einstellung stinkt mir. Und das sollte es uns allen, weil wir vielmehr um Lösungen ringen müssen, wie wir diese Europäische Union und unser Land weiter für die Zukunft richtig aufstellen. [Hier geht es zu meiner Rede](#) und [hier zu dem Antrag](#), damit Sie sich selbst ein Bild machen können.

Nun freue ich mich auf den Kommunalwahlkampf in Köln, der mit dem Sommer richtig Fahrt aufnehmen wird. Die CDU Köln hat ein Top-Programm geschrieben, wie wir unsere Stadt weiter nach vorne bringen wollen. Und das wird uns mit der Oberbürgermeisterin Henriette Reker auch gelingen.

Ihr *Heribert Hirte*

Das Thema

Der EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit bleibt erhalten

Papier ist geduldiger als das Wort, und so habe ich gemeinsam mit meinem Team diesen Artikel kurz bevor ich Ihnen meinen Newsletter gestern zuschicken wollte, noch einmal umgeschrieben. Was ist passiert?

In einer fraktionsübergreifenden Initiative forderten in der vergangenen Woche 135 Abgeordnete des Deutschen Bundestages eine Fortsetzung der Arbeit des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit. „Als Vorreiter für universelle Menschenrechte, für die sich die Europäische Union global einsetzt, darf die Kommission bei Fragen der Religionsfreiheit nicht wegsehen“, betonen die Parlamentarier der CDU/CSU-, SPD- und FDP-Fraktion. Die Unterzeichner forderten die Bundesregierung auf, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die Fortführung der Position einzusetzen. Die grüne Fraktion hingegen verweigerte die Unterstützung.

Bislang war der Slowake Jan Figel (60) EU-Sonderbeauftragter für Religionsfreiheit. Der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte das Amt im Mai 2016 geschaffen. Mit dem Ende seiner Amts-

zeit lief Ende Oktober auch Figels Mandat aus. Die neue Kommissionspräsidentin von der Leyen entschied zunächst, keinen neuen Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit einzusetzen. Laut Medienberichten

vom Mittwoch aber erst später bestimmt werden. Diese Entscheidung veröffentlichte Margaritis Schinas über Twitter. Die Nachricht traf auf große Zustimmung der Initiatoren der fraktionsübergreifenden Initiative.

Auch international begrüßte beispielsweise die „United States Commission on International Religious Freedom“ die Entscheidung der Kommission.

Wichtig wird nun sein, dass Amt auch mit mehr Mitteln auszustatten als es in der Vergangenheit der Fall war. Und auch die Persönlichkeit des oder der Sonderbeauftragten spielt auf diplomatischem Parkett eine große Rolle: „Sollte Jan Figel nicht mehr in Frage kommen, würde mir ad hoc Heiner Bielefeldt als bestgeeigneter Kandidat einfallen“, sagte Hirte nach Bekanntwerden der Entscheidung. Bielefeldt hat den Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg inne. Besondere Erfahrung in dem Bereich Religionsfreiheit als Menschenrecht sammelte er zwischen 2010 bis 2016 als Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats.



hatte die Kommission ursprünglich die Aufgaben des Sonderbeauftragten dem Kommissionsvize Margaritis Schinas und dem Sonderbeauftragten für Menschenrechte Eamon Gilmore übertragen.

Nun die Neuigkeiten: Der Posten des EU-Sondergesandten für Religionsfreiheit wird nun doch neu besetzt. Wer die Nachfolge des Slowaken Jan Figel antritt, soll nach Angaben der Brüsseler EU-Kommission

Die Erklärung der 135 Bundestagsabgeordneten im Wortlaut:

„Mit großem Bedauern haben wir die Entscheidung der EU-Kommission, das Amt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit nicht fortzuführen, zur Kenntnis genommen. Als Vorreiter für universelle Menschenrechte, für die sich die Europäische Union global einsetzt, darf die Kommission bei Fragen der Religionsfreiheit nicht wegsehen. In einer Zeit, in der die Verfolgung von religiösen Minderheiten aller Glaubensrichtungen zunimmt, brauchen wir vielmehr eine starke europäische Stimme. Als Mitglieder des Deutschen Bundestages fordern wir die Bundesregierung daher auf, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, dass die bisherige erfolgreiche Arbeit des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit fortgesetzt wird.“

Kurz informiert

Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Pauschalreisevertragsrecht

In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag weitere Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie für Pauschalreiseveranstalter beschlossen. So soll eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, den Reisenden statt der sofortigen Rückerstattung des Reisepreises einen Reisegutschein im Wert der erhaltenen Vorauszahlungen anzubieten. Dieser Gutschein ist gegen eine Insolvenz des Reiseveranstalters zeitlich befristet abgesichert.

Köln vermisst die Cologne Pride in diesem Jahr

Vergangenes Wochenende hätte in Köln der größte Christopher-Street-Day in Deutschland stattgefunden, die Cologne Pride. Für den Bundesverband der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) nicht nur ein wichtiger Tag, um in Köln zu demonstrieren, sondern im Umfeld auf die Themen aufmerksam zu machen, die in der LGBTQ Szene diskutiert werden. Einen engen und vertrauensvollen Austausch pflegt Heribert Hirte seit Jahren mit dem Verband. Daher war es für ihn selbstverständlich, eine ganz persönliche Botschaft als Kölner MdB und kommissarischer Vorsitzender des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag an die LSU zu senden. Ganz nach dem Motto: Gemeinsam Flagge zeigen. [Hier sehen Sie die Grußbotschaft.](#)

Heribert Hirte diskutiert das Europäische Wirtschaftsrecht

Europa diskutiert derzeit, wie es nach der Corona-Krise wirtschaftlich wieder Fahrt aufnehmen kann. Ein Baustein hierfür wäre die Harmonisierung des deutschen und französischen Wirtschaftsrechtbuches als erster Schritt einer ganzeuropäischen Gesetzgebung. Worum geht es bei einem solchen Gesetzbuch? Es geht beispielsweise um eine einheitliche Ausgestaltung des Handelsregisters, des Versicherungsvertragsrechts oder der Regeln über Kreditsicherheiten. In diesen und anderen Bereichen wären wirklich einheitliche Bedingungen für die Transparenz und den Wettbewerb im Markt vorteilhafter als der auf einige Grundfragen beschränkte status quo. Das Wirtschaftsrecht sollte der Tätigkeit aller Akteure im Binnenmarkt denselben Rahmen setzen. Seine Zersplitterung beeinträchtigt die Anbietergleichheit und den gleichen Zugang zur Finanzierung.

Dieses spannende Thema diskutierte Heribert Hirte unter der Überschrift: „Für mehr wirtschaftliche Resilienz und Souveränität Europas“. Die Akademie EuropaNova, die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Vertretung bei der EU des Saarlandes und der deutsch-französische Bürgerfonds hatten das Webinar organisiert. Neben Hirte nahm Valérie Gomez-Bassac, Abgeordnete der Assemblée nationale und Professorin für Wirtschaftsrecht an dem Gespräch teil. Sie ist Autorin des Berichts über die Einführung eines europäischen Wirtschaftsrechtbuches für die Assemblée nationale und neben Hirte eine Expertin für

dieses Thema. Hinzu kamen Christoph Roth, Leiter der Vertretung des Saarlandes bei der Europäischen Union, Ministerium für Finanzen und Europa und als Moderatorin Elise Bernard, Studiendirektorin bei EuropaNova, hinzu. [Das gesamte Webinar finden Sie hier zum Nachsehen und -hören.](#)

Der Weg aus der Kohle

Das Kohleausstiegsgesetz ist beschlossen. Durch dieses Gesetz setzt die Bundesregierung zentrale energiepolitische Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung um, und das bis spätestens 2038. Durch die Beteiligung von Experten und zahlreichen Umweltorganisationen stellt die Einigung der Kohlekommission einen großen gesamtgesellschaftlichen Kompromiss dar. Durch das Gesetz gibt es nun Regeln und Ablaufpläne für den Ausstieg aus Steinkohle- und Braunkohleverstromung. Aber auch Entlastungsmaßnahmen für Stromverbraucher und energieintensive Industrien wurden

Fortsetzung auf Seite 4

Rundschau

135 Abgeordnete des Bundestages kritisieren die Abschaffung des Sondergesandten für Religionsfreiheit der EU. Eine „Abwertung der Religionsfreiheit als Menschenrecht“ für den CDU-Abgeordneten Heribert Hirte, der hofft, den Beschluss rückgängig zu machen. Dem Domradio sagte er hierzu: „Ein starkes Zeichen aus dem Deutschen Bundestag ist ein Zeichen, das wahrgenommen wird. Ich rechne damit, dass auch andere Parlamentarier, auch aus dem Europäischen Parlament, sich diesem Zeichen anschließen werden und dass sich die Kommission insgesamt nicht verschließen wird.“

[Das ganze Interview finden Sie hier.](#)

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

[Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.com/HHirte) [@HHirte](https://www.instagram.com/HHirte) www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Fortsetzung von Seite 3

den mitgedacht- Eine verbesserte Förderung von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen sowie die Umstellung von Kohlekraftwerken auf Erdgas und erneuerbare Energien gewährleisten die Energieversorgung in diesem Land. Ebenfalls ermächtigt das Gesetz die Bundesregierung mit Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags mit den Kraftwerksbetreibern zur Konkretisierung der Einzelheiten der Stilllegungen.

Der Ausstieg aus der Kohle bedeutet zeitgleich massive Verän-

derungen für die Regionen in Deutschland, die bislang durch Stein- und Braunkohle geprägt waren. Das umfassende „Investitionsgesetz Kohleregionen“ regelt in einem ersten Teil Finanzhilfen für die betroffenen Länder. Diese Finanzhilfen sollen über Artikel 104b Grundgesetz für Investitionen in einem Gesamtumfang von bis zu 14 Mrd. Euro bis 2038 bereitgestellt werden. Die Länder leisten hierbei den im Grundgesetz vorgesehenen Eigenanteil. Die Mittel können zur Förderung von Investitionen, etwa in die wirtschaftsnahe Infrastruktur, aber auch in den Breitband- und Mobilfunkausbau, zur Verbesse-

rung des Angebots im ÖPNV oder für Investitionen in den Umweltschutz und die Landschaftspflege verwendet werden.

Im zweiten Teil des Gesetzes verpflichtet sich der Bund, weitere Maßnahmen zugunsten der Braunkohleregionen mit bis zu 26 Mrd. Euro bis 2038 zu fördern, die in seiner eigenen Zuständigkeit liegen. Zu den Maßnahmen gehören etwa der Ausbau der Infrastruktur für den Schienen- und Straßenverkehr und die Ansiedlung und Verstärkung zahlreicher Forschungseinrichtungen. Hierunter fällt beispielsweise die geplante Außenstelle der TH Köln im Rhein-Erft-Kreis.

Querblick

**Zeugnisnoten
für Bundestagsabgeordnete***
**Ein „sehr gut“
für Heribert Hirte**



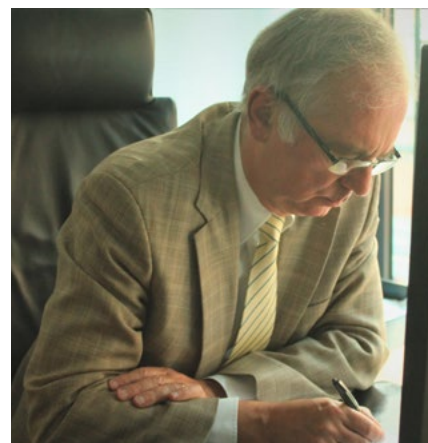
- Heribert Hirte -

Ein „sehr gut“ für Heribert Hirte

Heribert Hirte ist der direkte Austausch mit den Bürgerinnen und Bürger ein großes Anliegen. Rede und Antwort zu stehen, das ist insbesondere in Corona-Zeiten eine wichtige Aufgabe eines direkt gewählten Parlamentarierers. Ein Portal, über das Fragen an Bundestagsabgeordnete gerichtet werden können, ist abgeordnetenwatch.de. Umso erfreuter war Hirte, vom diesem Portal die Note „Eins“ für sein Antwortverhalten bekommen zu haben. 58 Anfragen an sein Büro waren zudem die vierthöchste Anzahl an Fragen unter den Kolleginnen und Kollegen, die ebenfalls mit einem „sehr gut“ abschnitten. [Hier geht es zur gesamten Auswertung.](#)

Augenblick 

Fotos der Woche



Ein Blick hinter die Kulissen: Für viele von uns über Monate Alltag, so auch in der Politik - viele Termine werden über Videokonferenzen oder in Form von Webinaren organisiert. Hier ist Heribert Hirte zu sehen im Gespräch für die Organisation EuropaNova mit dem Thema: „Für mehr wirtschaftliche Resilienz und Souveränität Europas“.